

## **Initiative für Thüringen.**

### **Beschluss der CDU-Landtagsfraktion zur Klausurtagung am 24. September 2008 in Altenburg**

Im kommenden Jahr begehen wir in Thüringen wie in ganz Deutschland die 20. Jahrestage der Überwindung der Teilung Europas durch die Öffnung des Eisernen Vorhangs und der friedlichen Revolution. 2009 wird ein Jahr der Bilanzen. Viel haben die Menschen in Thüringen seither erreicht. Darauf können wir stolz sein. Die Verantwortung für die politischen Rahmenbedingungen haben Wählerinnen und Wähler in diesen Jahren CDU-geführten Landesregierungen anvertraut.

Der Aufbau Ost war in diesen Jahren nie ein Nachbau West. Angesichts von Herausforderungen wie den revolutionären Entwicklungen im Bereich der Kommunikation, des demographischen Wandels, der europäischen Integration und der Globalisierung und unter Berücksichtigung unserer Wurzeln sind wir eigene Wege im Rahmen der föderalen Ordnung Deutschlands gegangen. Thüringen ist ein gleichermaßen modernes und innovatives wie traditionsbewusstes Land.

Der Rückblick auf 20 Jahre friedliche Revolution fällt mit dem Ende der 4. Wahlperiode des Thüringer Landtags zusammen. Die CDU wirbt um das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler, um weiter erfolgreich für Thüringen arbeiten zu können. Dieses Vertrauen erwirbt man nicht durch Dauerwahlkampf, sondern durch politische Arbeit nah an den Menschen und ihren Sorgen. Die CDU-Fraktion wird auch in den verbleibenden Monaten der laufenden Legislaturperiode engagiert für Thüringen die Initiative ergreifen:

1. Wir setzen uns dafür ein, dass das Thüringer Landeserziehungsgeld für Kinder, die ab dem 1. Januar 2009 geboren werden, künftig für Kinder von eins bis drei Jahren für die Dauer von zwei Jahren gezahlt wird. Damit erhöht sich der Landeszuschuss für einen Kita-Platz im zweiten Lebensjahr um 50

Prozent. Wir stärken mit diesem Schritt die Eltern in ihrer Wahlfreiheit und erleichtern damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durchgängig.

2. Wir setzen uns dafür ein, dass die erhöhten Lehrkapazitäten, die durch das Ende der Teilzeitverbeamtung vorübergehend entstehen, der weiteren Qualitätsentwicklung des Unterrichts, der Demokratieerziehung, der Förderung des gemeinsamen Lernens und der erfolgreichen Umsetzung des Bildungsplans zugute kommen. Insbesondere streben wir an, dass mit der Umsetzung des Thüringer Bildungsplans mehr Zeit für die Arbeit mit Kindern bleibt und der Austausch zwischen Grundschulen und Kindertagesstätten intensiviert wird.
3. Wir setzen uns dafür ein, dass pro Schuljahr 100 junge Lehrerinnen und Lehrer neu eingestellt werden. Damit möchten wir dreierlei erreichen: Wir wollen in den Schulen langfristig altersgemischte Kollegien erhalten. Wir wollen, dass junge, gut qualifizierte Nachwuchslehrer im Thüringer Schuldienst eine Perspektive bekommen. Wir wollen die erst jüngst im Bildungsmonitor dokumentierte erstklassige Lehrer-Schüler-Relation damit auch für die Zukunft sichern.
4. Wir setzen uns dafür ein, dass das Jahr 2009 gesamtgesellschaftlich als Jahr der Demokratie begangen wird. Die Jahre 1919, 1949 und 1989 sind wichtige Jahre für die Entstehung und Entwicklung unserer Demokratie. Insbesondere der 20. Jahrestag der friedlichen Revolution in der DDR soll in den Schulen und Einrichtungen der politischen Bildung intensiv genutzt werden, um die Unterschiede zwischen dem demokratischen Verfassungsstaat Bundesrepublik Deutschland und der SED-Diktatur in der DDR darzustellen. Geschichte soll dabei unter anderem im Gespräch mit Zeitzeugen und vor Ort in Gedenkstätten und Grenzmuseen veranschaulicht werden. Die Schulen sollen dazu ermuntert werden, hierfür vorhandene finanzielle Mittel auszus schöpfen. Die Landesregierung wird zudem gebeten, die von der CDU Thüringen initiierte Idee einer „Straße der Demokratie“ in diese Vorhaben einzubeziehen.
5. Wir setzen uns dafür ein, dass die Lebensleistung von Senioren in Ost und West gleichermaßen anerkannt wird. Deshalb begrüßen wir ausdrücklich die

Initiative der CDU Thüringen, auf dem Bundesparteitag der CDU Deutschlands einen Antrag zur Vereinheitlichung des Rentenwerts zu stellen.

6. Wir setzen uns dafür ein, dass für gute Arbeit guter Lohn gezahlt wird. Wir fordern deshalb die Unternehmen auf, mit einer leistungsgerechten und wettbewerbsfähigen Entlohnung zur Gewinnung von Fachkräften beizutragen und jungen Menschen eine faire Chance im eigenen Land zu bieten. Auch der Freistaat Thüringen ist in der Pflicht: Ab 1. Januar 2010 wird die Bezahlung für alle Landesbediensteten an das Westniveau angeglichen. Junge Anwärter für den Landesdienst sollen schon ab Januar 2009 die gleiche Bezahlung wie ihre Kollegen in den alten Ländern erhalten.
7. Wir setzen uns dafür ein, dass die Ökosteuer schrittweise abgeschafft wird, um die Bürger, den Mittelstand und das Handwerk bei den Energiepreisen zu entlasten. Wir unterstützen den Vorschlag der Landesregierung, die Energiesteuer auf Öl- und Gasprodukte zu deckeln, damit Weltmarktpreis und Steuerlast entkoppelt werden.
8. Wir setzen uns dafür ein, dass ein Neuverschuldungsverbot in der Verfassung des Freistaats Thüringen verankert wird. Für eine unabweisbar notwendige Aufnahme von Schulden zur Sicherung der Handlungsfähigkeit des Staates in Notlagen müssen verbindliche Tilgungsregeln und Sanktionsmechanismen für den Fall der nicht fristgerechten Tilgung vorgesehen werden.
9. Wir setzen uns dafür ein, dass Thüringen auch in Zukunft eines der sichersten Bundesländern bleibt und wollen deshalb ein besonderes Augenmerk auf eine effektivere Bekämpfung der Jugendkriminalität setzen. Wir wollen deswegen weitere Jugendstationen einrichten, die unter dem Dach der Staatsanwaltschaft, Polizei und Jugendhilfe zusammenarbeiten, um rasch und unkompliziert auf die Verfehlungen von jugendlichen Straftätern auch mit erzieherischen Mitteln reagieren zu können.
10. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere Städte und Gemeinden vom überregionalen Durchgangsverkehr entlastet werden. Wir fordern deshalb den Bund dazu auf, den Bau dringend benötigter Ortsumgehungen und Zubringer nicht weiter zu verzögern. Durch einen verbesserten Verkehrsfluss wird die Umwelt von unnötigen Immissionen entlastet und zugleich werden die Transportkosten verringert. Die Einnahmen der LKW-Maut sollen zu-

künftig zweckgebunden und ausschließlich in den Bundesfernstraßenbau fließen. Wir setzen uns insbesondere dafür ein, dass der Bau der Ortsumfahrung Gößnitz zügig realisiert und die neue B7 nordöstlich von Altenburg baldmöglichst an die A 72 (Leipzig-Chemnitz) angebunden wird.

11. Wir setzen uns für eine bedarfsorientierte Entwicklung für Schienennetz- und Flugverkehrsinfrastruktur ein. Im Bereich Schiene fordern wir insbesondere eine schnelle Realisierung der Sachsen-Franken-Magistrale mit Halt in Altenburg und unterstützen nachdrücklich die angestrebte enge Kooperation zwischen dem internationalen Verkehrsflughafen Erfurt und dem Verkehrslandeplatz Altenburg. Wir setzen uns dafür ein, dass auch in Zukunft ein attraktiver und preiswerter Öffentlicher Straßenpersonennahverkehr erhalten bleibt.